

## Der kurze Weg nach Entebbe oder die Verlängerung der deutschen Geschichte in den Nahen Osten

Annette Vowinckel

Am 27. Juni 1976 wird ein Flugzeug der Air France auf dem Weg von Tel Aviv nach Paris von vier bewaffneten Personen entführt und nach Entebbe nahe der ugandischen Hauptstadt Kampala umgeleitet. Dort angekommen, trennen die Luftpiraten mit vorgehaltener Waffe die jüdischen von den nichtjüdischen Passagieren. Letztere werden freigelassen, alle jüdischen Passagiere – gleich welcher Staatsangehörigkeit – bleiben an Bord.<sup>1</sup> Die Entführer fordern die Freilassung von 53 Gefangenen überwiegend aus deutschen und israelischen Gefängnissen, bei denen es sich mehrheitlich um Angehörige der palästinensischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), der Al-Fatah, der deutschen „Roten Armee Fraktion“ (RAF) und der „Bewegung 2. Juni“ handelt. Für den Fall, dass die Forderungen abgelehnt werden, droht das Terrorkommando damit, nach Ablauf einer Frist von vier Tagen alle verbliebenen Geiseln zu erschießen.

Mit Verweis darauf, dass das Ausfliegen der Gefangenen angeblich mehr Zeit in Anspruch nehme als von den Entführern zugestanden, gelingt es den französischen und israelischen Verhandlungsführern, das ursprünglich für Donnerstag, den 1. Juli, festgesetzte Ultimatum bis Sonntag Mittag 12:00 Uhr Ortszeit zu verlängern. Fritz Teufel, Mitglied der „Bewegung 2. Juni“ und einer derjenigen, die durch die Flugzeugentführung freigesetzt werden sollen, sitzt zu diesem Zeitpunkt auf gepackten Koffern in seiner Berliner Gefängniszelle. Doch die Dinge laufen nicht so, wie Teufel es erhofft.

In der Nacht auf Sonntag, den 4. Juli 1976, wird das Flughafengebäude von Entebbe, in dem sich die Geiseln seit ihrer Ankunft befinden, von einer eigens eingeflogenen israelischen Spezialeinheit gestürmt. Dabei kommen alle Entführer und drei Geiseln ums Leben, außerdem etwa 20 ugandische Soldaten und Yonathan Netanyahu, ein Offizier der israelischen Luftwaffe und Bruder des späteren israelischen Ministerpräsidenten Benyamin Netanyahu.<sup>2</sup> Zu Tode kam unter ungeklärten Umständen auch Dora Bloch, eine Geisel und Überle-

<sup>1</sup> Nach Auskunft der französischen Behörden handelt es sich bei den befreiten Geiseln um 60 Israelis, 10 Israelis mit doppelter Staatsbürgerschaft, 22 Franzosen und einen Staatenlosen mit französischen Reisedokumenten (Die nächtliche Überraschungs-Aktion in Entebbe, in: *Der Tagesspiegel*, 6.7.1976, S. 1). Vgl. zu den Ereignissen auch William Stevenson (in Zusammenarbeit mit Uri Dan), *90 Minuten in Entebbe*, Frankfurt a.M. 1977.

bende eines deutschen Konzentrationslagers, die kurz nach der Ankunft der Maschine in Uganda wegen akuter Atemnot in ein Krankenhaus gebracht worden war, wo sie sich auch zum Zeitpunkt des israelischen Kommandoüberfalls noch befand. Die israelische Regierung sprach den Verdacht aus, dass Bloch auf Befehl des ugandischen Präsidenten Idi Amin ermordet worden sei, der sich für die ohne seine Zustimmung erfolgte Befreiungsaktion habe rächen wollen.<sup>3</sup>

### 1. Flugzeugentführungen seit 1931

Vor dem Aufkommen des Massentourismus waren nicht nur Flugzeug-, sondern auch andere Entführungen ein eher marginales Phänomen. In der „Allgemeinen deutschen Real-Encyclopädie für die gebildeten Stände“ von 1844 heißt es unter dem Stichwort „Entführung“, darunter verstehe man „die von einer Mannsperson durch List oder Gewalt verübte rechtswidrige Bemächtigung einer fremden Ehefrau, einer Nonne, Witwe oder unbescholtenen Jungfrau [...], und zwar zur Erzwingung der Verhehlung oder unerlaubten Umgangs“.<sup>4</sup> Die erste Entführung eines Flugzeugs fällt in das Jahr 1931, in dem eine Gruppe von peruanischen Revolutionären eine dreimotorige Pan-Am-Maschine kaperte, um damit Flugblätter aus der Luft abzuwerfen. Die Passagiere wurden hier noch nicht als Verhandlungsmasse eingesetzt und blieben unversehrt.<sup>5</sup>

Vorerst blieb dies ein Einzelfall, und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Flugzeugentführung quasi neu erfunden. Nun wurde das Flugzeug vor allem zum privaten Fluchtfahrzeug umfunktioniert, denn die Mehrzahl der Zwischenfälle gerade in den frühen Nachkriegsjahren waren individuelle Versuche, die kommunistischen Länder Osteuropas zu verlassen, und nach der Revolution von 1959 flüchteten auf diese Weise zahlreiche Personen aus Kuba. Vom Westen wurden diese Aktionen anfangs noch mit einem gewissen Wohlwollen hingenommen, da sie stets ein willkommener Anlass waren, mit ausgestrecktem Finger auf den Ostblock zu zeigen. Als die Zwischenfälle mit 11 Entführungen im Jahr 1961 einen vorläufigen Höhepunkt erreichten, sah sich die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) jedoch veranlasst, ein „Abkommen über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen

<sup>2</sup> Die Aktion von Entebbe verlief nach einem minutiös vorbereiteten Plan, in: *Der Tagesspiegel*, 6.7.1976, S. 5.

<sup>3</sup> Stevenson, *90 Minuten in Entebbe* (Anm. 1), S. 127-130; Interview mit Yitzhak Rabin für CBS Television, 11.7.1976.

<sup>4</sup> Art. „Entführung“, in: *Allgemeine deutsche Real-Encyclopädie für die gebildeten Stände. Conversations-Lexikon, Neunte Originalauflage in fünfzehn Bänden*, Bd. 5, Leipzig 1844, S. 1.

<sup>5</sup> Jin-Tai Choi, *Aviation Terrorism. Historical Survey, Perspectives and Responses*, London 1994, S. 3.

begangene Handlungen“ auszuarbeiten, das von 171 Vertragsstaaten ratifiziert wurde und am 4. Dezember 1969 in Kraft trat.<sup>6</sup>



Abb. 1: Die Oktober 1977 entführte Lufthansa-Maschine auf dem Rollfeld in Mogadishu (dpa)

Erst im Verlauf der 1960er-Jahre kamen Terroristen auf den Gedanken, dass man mit einem Flugzeug auch ganze Gruppen von Reisenden zum Zweck politischer Druckausübung entführen könnte. Vor allem im Nahen Osten wurde diese spektakuläre Aktionsform nun kultiviert, und auf Grund ihres äußerst bedrohlichen Charakters für alle Flugreisenden veränderte sie auch die Wahrnehmung der Ereignisse in der Öffentlichkeit. Ihren absoluten Höhepunkt erreichten die Entführungen paradoxerweise eben in dem Jahr, in dem das Abkommen von fast allen Staaten der Erde ratifiziert wurde. 1969 wurden insgesamt 85 Flugzeuge entführt, das sind beinahe zwei pro Woche bzw. ein Flugzeug alle 4,3 Tage. Dies war der Auftakt zu einer Zeit, die man mit Fug und Recht nicht nur als das „rote Jahrzehnt“,<sup>7</sup> sondern auch als das Jahrzehnt der Flugzeugentführungen bezeichnen könnte, denn etwa die Hälfte aller 822 bis

<sup>6</sup> BGBl. 1969 II, S. 121. Im Oktober 1971 folgte ein weiteres „Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen“, das von den Vertragsstaaten die schwere Bestrafung von Entführern fordert (BGBl. 1972 II, S. 1505). Dieses Abkommen wurde 1988 ergänzt durch das „Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Gewalthandlungen an internationalen zivilen Flughäfen“ (BGBl. 1993 II, S. 866; 1994 II, S. 620). Vgl. hierzu <<http://www.runic-europe.org/german/frieden/terrorismus/publ.htm>>.

<sup>7</sup> Gerd Koenen, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Frankfurt a.M. 2002.

1990 dokumentierten Flugzeugentführungen fällt auf die Jahre von 1968 bis 1977.<sup>8</sup>

Dass Flugzeugentführungen überhaupt zu einem zeitweise recht erfolgreichen Mittel terroristischer Gruppen werden konnten, hängt unmittelbar mit der Medienwirksamkeit dieser Form der Gewalt zusammen (die uns am 11. September 2001 noch einmal buchstäblich vor Augen geführt wurde).<sup>9</sup> Besondere Aufmerksamkeit wurde in Deutschland vor allem den Ereignissen von Mogadishu zuteil, über die mehrmals täglich in Radio und Fernsehen berichtet wurde. Noch heute evoziert das immer gleichbleibende Standbild einer mitten in der afrikanischen Steppe stehenden Maschine Erinnerungen an eine Woche im Oktober 1977, in der die bundesdeutsche Bevölkerung offenbar kollektiv das Gefühl hatte, als Geisel genommen worden zu sein (Abb. 1). Schließlich war jeder ein potenzieller Mallorca-tourist.

Nach 1977 zeichnete sich ein langsamer Rückgang der Zwischenfälle ab. Dies hing unter anderem damit zusammen, dass die westlichen Regierungen kaum mehr bereit waren, den Forderungen von Flugzeugentführern nachzugeben. Stattdessen setzte man auf den Einsatz von Spezialeinheiten wie zum Beispiel der GSG 9, die eigens für solche Zwecke ausgebildet wurde. Zudem hatte die PLO 1974 den Verzicht auf gewaltsame Aktionen erklärt. Dies hielt einige militantere Gruppen wie die palästinensische PFLP unter George Habbash zwar nicht davon ab, weitere Flugzeugentführungen zu planen, doch der für das Massaker im Münchner Olympiadorf verantwortliche „Schwarze September“ schloss sich der PLO-Führung an und stellte alle militanten Aktivitäten bis auf weiteres ein. Ein anderer Faktor, der sich auf die Zahl der Flugzeugentführungen zumindest indirekt ausgewirkt haben dürfte, war die massive Verschärfung der Sicherheitskontrollen vor allem bei der israelischen Fluggesellschaft El Al, die in München eine eigene Abflughalle errichtete und die Sicherheitskontrollen hier sowie auch an anderen Orten von nun an selbst übernahm. Und schließlich wirkte sich die Ölkrise von 1973 massiv auf den internationalen Flugverkehr aus. Wegen der gestiegenen Ölpreise verzeichneten die großen Fluggesellschaften Umsatzeinbußen, und in den folgenden fünf Jahren kamen erstmals seit Beginn der Passagierluftfahrt so gut wie keine neuen Flugzeugmodelle mehr auf den Markt. Die in der Nachkriegszeit kultivierte Identifizierung von Fliegen und Freiheit bekam erste Kratzer – durch ein langsam wachsendes Umweltbewusstsein, durch die Verteuerung der Flugtickets

<sup>8</sup> Choi, *Aviation Terrorism* (Anm. 5), S. 6. Insgesamt wurden für die Jahre 1968–1977 412 Entführungen verzeichnet, davon allein 85 im Jahr 1969.

<sup>9</sup> Auf die Entführungen vom 11. September gehe ich hier nicht weiter ein, weil es sich dabei nicht um Geiselnahmen handelte, sondern um die bisher nicht gekannte Umfunktionierung eines Transportmittels in eine fliegende Bombe. Es ist bereits hinlänglich darauf hingewiesen worden, dass damit auch der Flugterror eine neue, nämlich jede Verhandlung sprengende Dimension angenommen hat.

und möglicherweise auch durch die von den Medien mit geschürte Furcht, irgendwann selbst Opfer einer Entführung zu werden.

## 2. Entebbe und die außerparlamentarische Linke in Deutschland

Es ist anzunehmen, dass die eingangs beschriebene Entführung der Air France-Maschine nach Entebbe im Juni 1976 einiges dazu beitrug, die Angst ganz normaler Bürger vor dem Fliegen zu steigern. Vor allem aber war „Entebbe“ ein Ereignis, das die politische Geschichte der Bundesrepublik – genauer: das Verhältnis der jüdischen zu den nichtjüdischen Deutschen – äußerst nachhaltig beeinflusst hat. Was in der Berichterstattung zunächst als Anschlag palästinensischer Terroristen auf ein israelisches Ziel erschien, erwies sich bei genauerem Hinsehen als eine ebenso einfache wie hochkomplexe Verlängerung deutscher Geschichte in den Nahen Osten. Es stellte sich nämlich heraus, dass die beiden Wortführer des Entführungskommandos keine Palästinenser waren, sondern Angehörige der deutschen „Revolutionären Zellen“, die sich, ähnlich wie die RAF, den militanten Kampf gegen den Imperialismus zum Ziel gesetzt hatten. Diese beiden Deutschen, die man später als Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann identifizierte, waren mitverantwortlich für die Entscheidung, allein die jüdischen Passagiere als Geiseln festzuhalten.<sup>10</sup>

In der Bundesrepublik wurden die Ereignisse von Entebbe zwar aufmerksam verfolgt, doch nahm die nichtjüdische Öffentlichkeit eher die Position eines distanzierten Beobachters ein. Während man bei der 16 Monate später folgenden Entführung einer Lufthansa-Maschine nach Mogadischu regen Anteil am Schicksal der Geiseln nahm und durch den unmittelbaren Zusammenhang mit der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer durch die RAF mehr oder weniger gezwungen war, Position zu beziehen, meinte man, mit der Entführung der Air France-Maschine nach Entebbe eigentlich wenig zu tun zu haben. Dies ist nicht nur deshalb erstaunlich, weil noch vor der Befreiung der Geiseln bekannt wurde, dass zwei Deutsche unter den Terroristen waren, sondern weil mit Jan-Carl Raspe, Ingrid Schubert und Werner Hoppe von der RAF sowie Fritz Teufel, Ralf Reinders und Inge Vielt von der „Bewegung 2. Juni“ auch sechs Deutsche auf der Liste der freizulassenden Personen standen.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Später wurde bekannt, dass Wilfried Böse zusammen mit dem Superterroristen Carlos bereits am 13. Januar 1975 einen Anschlag auf ein am Boden befindliches Flugzeug der israelischen Fluggesellschaft El Al in Paris verübt hatte, der allerdings missglückt war. Den französischen Behörden, die Böse ausgewiesen hatten, war dies bekannt. Vgl. Victor Ostrowsky, *Der Mossad*, Hamburg 1991, S. 258ff.; Noch keine Klarheit über Identität der Terroristen, in: *Der Tagesspiegel*, 6.7.1976, S. 2 (dort wird auch Brigitte Kuhlmann mit dem Anschlag in Verbindung gebracht); Israels Geheimdienst half Behörden Kenias, in: *Der Tagesspiegel*, 7.7.1976, S. 5.

Für die deutschen Juden hingegen markierte Entebbe einen tiefen Einschnitt. Sie waren schockiert darüber, dass sich hier erstmals seit der Befreiung von Auschwitz wieder Deutsche anmaßen, jüdische Zivilisten allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum jüdischen Volk in ihre Gewalt zu bringen; und ebenso schockiert waren sie darüber, dass dies seitens der deutschen Öffentlichkeit kaum beanstandet bzw. von Teilen der außerparlamentarischen Linken mit Verweis auf die Besatzungspolitik des Staates Israel gar noch gerechtfertigt wurde. Tatsächlich markiert Entebbe den Endpunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf die in der Bundesrepublik vorherrschende Sympathie für den Staat Israel überlagert wurde von den Ressentiments einer recht breiten außerparlamentarischen Opposition, die sich als antikapitalistisch, antiimperialistisch und nun in weiten Teilen auch als antizionistisch begriff.<sup>12</sup> Mediendarstellungen haben in dieser Entwicklung eine wichtige Rolle gespielt.

## 3. Rückblende: Berlin, Anfang Juni 1967

Als Jordanien und Syrien ihre Armeen an den Grenzen zu Israel aufziehen lassen und Ägypten den Hafen von Elat und damit den einzigen israelischen Zugang zum Roten Meer blockiert, beginnt Israel einen Präventivkrieg gegen seine arabischen Nachbarn. Im Verlauf dieses Krieges, der als „Sechstagekrieg“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist, werden das Westjordanland, der Gaza-Streifen, die ägyptische Sinai-Halbinsel, die syrischen Golan-Höhen und Ost-Jerusalem besetzt, so dass sich das von Israel kontrollierte Gebiet mehr als verdoppelt.

<sup>11</sup> Inge Vielt floh am Tag nach der Geiselbefreiung in Entebbe mit drei weiteren Inhaftierten aus einer Westberliner Justizvollzugsanstalt, was den Rücktritt des Justizsenators Hermann Oxfort (FDP) zur Folge hatte. Vgl. Ausbruch in Berlin: „Das ist eine Riesensache“, in: *Der Spiegel*, 12.7.1976, S. 17-27.

<sup>12</sup> Unter „Antizionismus“ verstehe ich eine Ideologie, die das Recht der Juden auf einen eigenen Nationalstaat grundsätzlich bestreitet und deshalb nicht die reale Politik des Staates Israel, sondern dessen Existenz in Frage stellt. Diese Ideologie überschneidet sich teilweise mit antisemitischer Ideologie, ist aber nicht per se mit ihr identisch und findet selbst sehr unterschiedliche Ausprägungsformen (z.B. bei den Teilen der politischen Opposition in Israel, die die Einrichtung eines binationalen Staates für jüdische Israelis und Palästinenser fordern). Im Fall der außerparlamentarischen Linken in Deutschland handelt es sich meiner Meinung nach um eine Form des Antizionismus, die deutlich antisemitische Elemente enthält und die ideologisch motiviert, d.h. nicht vorrangig auf die Lösung politischer Probleme ausgerichtet ist. Diese Form von Antizionismus dient weniger dem Aufbau neuer als vielmehr der Zuspitzung bereits vorhandener Feindbilder.



Abb. 2: Spiegel-Titelseite vom 12.6.1967

In der Bundesrepublik bricht kurz nach Kriegsbeginn eine Welle der Begeisterung für den in seiner Existenz bedrohten jüdischen Staat aus. Nicht nur die Springer-Presse solidarisiert sich emphatisch mit Israel, sondern auch die gesamte bürgerliche Presse vom Berliner „Tagesspiegel“ bis zur „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ). Es fällt allerdings auf, dass die Berichterstattung gespickt ist mit Begriffen, die im Zusammenhang der Geschichte des Zweiten Weltkriegs bereits eindeutig besetzt sind. So druckt die FAZ am 7. Juni auf der Titelseite einen Kommentar unter der Überschrift „Der Blitzkrieg Israels“, zwei Tage später findet sich der gleiche Begriff in der Schlagzeile auf der ersten Seite der „Zeit“, und am folgen-

den Montag titelt auch der „Spiegel“: „Israels Blitzkrieg“ (Abb. 2).<sup>13</sup> Hier ist es jedoch nicht allein der Titel, der sich an Geschichte und Rhetorik des Zweiten Weltkriegs anlehnt. Im ersten Satz eines Artikels, der eine in epischer Breite angelegte Beschreibung militärischer Details einleitet, heißt es von den Soldaten der israelischen Armee: „Sie rollten wie Rommel, siegten wie Patton und sangen noch dazu.“<sup>14</sup> Und in einem weiteren Artikel mit dem Titel „Blitz und Blut“ ist zu lesen: „Mit einer Musterdemonstration stählernen Soldatentums – für die Deutschen seit jeher die imponierendste aller Eigenschaften – schossen sie sich in die Herzen jenes Volkes, in dessen Namen einst alle Juden ausgerottet werden sollten. Ausgerechnet Juden, die deutsche Nazis für feig, faul und verkommen hielten, gewannen im Gegensatz zu deutschen Herrenmenschen schon zum drittenmal den Krieg gegen eine erdrückende Übermacht.“<sup>15</sup>

Da man in der „Spiegel“-Redaktion später offenbar die Geschmacklosigkeit dieses Vergleichs mit dem nationalsozialistischen Überfall auf Polen und die Sowjetunion erkannte,<sup>16</sup> wurde das kompromittierende Titelblatt in der On-

line-Version ausgetauscht gegen das Frontispiz eines zwei Wochen früher, also vor Kriegsbeginn erschienenen Heftes mit dem Titel „Die Schlacht um Israel“.<sup>17</sup>

Ebenso selbstverständlich wie die Anspielungen auf den Zweiten Weltkrieg, bei denen man kurzerhand die Gegnerschaft Rommels und des amerikanischen Generals George S. Patton annullierte, war die bedingungslose Parteinahme für Israel. Mehrere große Tageszeitungen veröffentlichten Spendenaufrufe zugunsten des jüdischen Staates, die bei der Bevölkerung auf begeisterte Resonanz stießen. In der israelischen Botschaft und bei den jüdischen Gemeinden gingen bereits in den ersten Kriegstagen zahlreiche Geld- und Sachspenden für Israel ein, und es meldeten sich mehrere hundert Freiwillige, die bereit waren, auf israelischer Seite mitzukämpfen. Die israelische Regierung lehnte dies – wie übrigens auch die Bundesregierung – dankend ab, schlug aber vor, freiwillige Helfer anstelle der fehlenden Soldaten in der Landwirtschaft einzusetzen.<sup>18</sup> Von unbeholfener historischer Metaphorik konnten sich jedoch auch die Berichte über die deutsche Hilfsbereitschaft nicht freihalten; so kommentiert der bereits zitierte „Spiegel“-Artikel die deutsche Bereitschaft, Blut für israelische Soldaten zu spenden, mit den Worten: „Arisches Blut floss für die Juden“.<sup>19</sup>

Bei den meisten Bundesbürgern erreichten die Sympathien für den jüdischen Staat mit dem Ende des Krieges ihren absoluten Höhepunkt. 59 Prozent der Bevölkerung erklärten sich mit den Israelis solidarisch, während die Sympathien für die Araber einen neuen Tiefstand von 6 bzw. 7 Prozent erreichten.<sup>20</sup> Doch nicht nur die bürgerliche, sondern auch ein großer Teil der linken Presse ergriff im Sommer 1967 für Israel Partei. So erklärte Ulrike Meinhof in der Juli-Ausgabe der Zeitschrift „konkret“, es gebe für die europäische Linke „keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben“. Diese Solidarität reiche „bis in die Gegenwart und schließ[e] den Staat Israel ein, den britische Kolonialpolitik und nationalsozialistische Judenverfolgung begründet ha-

<sup>17</sup> <<http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,111288,00.html>> mit dem Titelbild des *Spiegel* vom 29.5.1967.

<sup>18</sup> Weitere Helfer für Israel, in: *Der Tagesspiegel*, 8.6.1967, Berliner Lokalteil.

<sup>19</sup> Blitz und Blut, in: *Der Spiegel*, 12.6.1967, S. 30. Nur ganz vereinzelte Gegenstimmen wurden laut, bei denen der alte Antisemitismus offenbar stärker war als die neue Begeisterung für die militärisch überlegenen Israelis. So heißt es in einem Leserbrief an die Spiegel-Redaktion: „Zu meiner Überraschung las ich, dass sich 70 bis 80 Freiwillige im Kampf gegen die ehrenhafte Arabische Liga gemeldet haben. Ich selbst würde mich gern bei einer geeigneten Meldestelle für Nasser melden. Bekanntlich ist Israel schon seit dem Altertum Weltunruheherd Nummer eins. Die Pestbeule muss aufgeschnitten werden, sie ist längst reif. Somit rufe ich Nasser und meinen Gesinnungsfreunden als Kampfparole zu: ‚Macht kurzen Prozess.‘“ (Leserbrief von Klaus Seibel aus Siegen, in: *Der Spiegel*, 12.6.1967, S. 9.)

<sup>20</sup> Michael Wolffsohn, *Deutsch-Israelische Beziehungen. Umfragen und Interpretationen 1952–1986*, München 1986, Tab. III.

<sup>13</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.6.1967, S. 1; *Die Zeit*, 9.6.1967, S. 1; *Der Spiegel*, 12.6.1967, S. 1.

<sup>14</sup> Tötet, tötet, in: *Der Spiegel*, 12.6.1967, S. 21.

<sup>15</sup> Blitz und Blut, in: *Der Spiegel*, 12.6.1967, S. 21.

<sup>16</sup> Zur Begrifflichkeit vgl. Art. „Blitzkrieg“, in: *The Oxford English Dictionary*, Second Edition, Vol. II, Oxford 1989, S. 294; Art. „Blitzkrieger“, in: *Illustriertes Lexikon der deutschen Umgangssprache* Bd. 2, Stuttgart 1983, S. 430f.: „[...] deutscher Soldat im Zweiten Weltkrieg (nach der Entwicklung der militärischen Lage entweder anerkennend oder – ab 1943 – spottend). [...] 1939ff [im Sprachgebrauch seit 1939].“

ben“. Wer meine, den „Bestand dieses Staates [...] zur Disposition stellen zu sollen, [müsse] wissen, dass nicht die Täter, sondern wiederum die Opfer von damals getroffen würden“.<sup>21</sup>

Vor allem aber warf Ulrike Meinhof der Springer-Presse vor, sie nutze den Krieg im Nahen Osten zur Verbreitung antikommunistischer Ideologie, nicht ohne ihrerseits auf den laxen Gebrauch historischer Metaphern hinzuweisen, der die gesamte Berichterstattung über den Sechstagekrieg dominierte: „Erfolg und Härte des israelischen Vormarsches lösten einen Bluttausch aus, Blitzkriegstheorien schossen ins Kraut, BILD gewann in Sinai endlich, nach 25 Jahren, doch noch die Schlacht von Stalingrad. [...] [D]er Einmarsch in Jerusalem wurde als Vorwegnahme einer Parade durchs Brandenburger Tor begrüßt. Hätte man die Juden, statt sie zu vergasen, mit an den Ural genommen, der zweite Weltkrieg wäre anders ausgegangen, die Fehler der Vergangenheit wurden als solche erkannt, der Antisemitismus bereut, die Läuterung fand statt, der neue deutsche Faschismus hat aus dem alten gelernt, nicht gegen – mit den Juden führt der Antikommunismus zum Sieg.“<sup>22</sup>

Tatsächlich war der Staat Israel als Zufluchtsstätte für die Überlebenden des Holocaust und als deren militärisches Verteidigungsorgan in der Bundesrepublik längst anerkannt, obwohl Wiedergutmachungszahlungen von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt worden waren.<sup>23</sup> Bereits in den 1950er-Jahren waren die ersten deutschen Touristen nach Israel gereist, und während des Eichmann-Prozesses im Jahr 1961 war in Deutschland ein geradezu philoisraelischer Umschwung zu verzeichnen, der von der Prozessberichterstatterin Hannah Arendt gleichwohl spöttisch kommentiert wurde: „[Israel ist] überflutet von Deutschen, die so philosemitisch sind, dass einen das Kotzen ankommt. So unter anderem mein Tischnachbar hier, der Frankfurter Bürgermeister mit Frau, die gerade ihren Sohn nebst einem Freund in einen Kibbuz eingeliefert haben. Einer der Journalisten ist mir bereits laut schluchzend um

<sup>21</sup> Ulrike Marie Meinhof, Drei Freunde Israels, hier zitiert aus dem Vorwort zu Isaac Deutscher, *Der israelisch-arabische Krieg*, Voltaire Flugschrift Nr. 21, Frankfurt a. M. 1968, S. 3. Die Reihe Voltaire Flugschriften wurde von Bernward Vesper herausgegeben; vgl. hierzu Gerd Koenen, *Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus*, Köln 2003, S. 103ff.

<sup>22</sup> Meinhof, *Drei Freunde Israels* (Anm. 21), S. 4. Wolfgang Kraushaar hat darauf hingewiesen, dass Ulrike Meinhof später den antiisraelischen Standpunkt ihrer Mitstreiter in der RAF übernahm und den Überfall auf die Olympiamannschaft in München 1970 gar als gelungenes Beispiel antiimperialistischer Aktion bezeichnete (vgl. Kraushaars Beitrag in diesem Heft, dort Anm. 16). Kraushaar verweist auf: Die Aktion des „Schwarzen September“ in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, November 1972, in: ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF*, Berlin 1997, S. 151-177. Vgl. auch Martin Kloke, *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses*, 2., erweiterte u. aktualisierte Aufl. Frankfurt a.M. 1994, S. 70-105.

<sup>23</sup> Wolffsohn, *Deutsch-Israelische Beziehungen* (Anm. 20), Tab. I (gegenüber S. 48): Einstellungen der Bundesbürger zum Wiedergutmachungsabkommen, September 1952, Daten des Instituts für Demoskopie Allensbach.

den Hals gefallen – mit einem: was haben wir gemacht etc. Wie im Theater. Ebenfalls zum Kotzen.“<sup>24</sup>

Wenn Ulrike Meinhof sich in dem zitierten Text höchst kritisch über die Springer-Presse äußerte, so stimmte sie mit Hannah Arendt immerhin darin überein, dass sie der neuen Israel-Begeisterung nicht traute. Sie interpretierte die seit den 1950er-Jahren grassierende „Israelitis“ als Folge nicht der Aufarbeitung, sondern gerade der Verdrängung der eigenen Geschichte. Ein Blick auf die weitere Entwicklung der Berichte zum Nahostkonflikt scheint dies zu bestätigen: Während diejenigen Deutschen, die mit Israel sympathisierten, immer wieder das Vokabular und die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs bemühten, um die Heldenhaftigkeit der israelischen Armee herauszustreichen, wandten sich nach 1967 Teile der westdeutschen Linken mit historisch ebenso falschen Metaphern gegen die israelische Besatzungspolitik.

Trotz ihrer scharfen Kritik an der Berichterstattung der bundesdeutschen Presse hielt Ulrike Meinhof zunächst an ihrer Parteinahme für Israel fest und ging damit weit über die Position der Bundesregierung hinaus, die – ebenso wie die Regierungen von Frankreich, England und den Vereinigten Staaten – offiziell neutral blieb.<sup>25</sup> Der eigentliche Grund für die Zurückhaltung der westlichen Regierungen war allerdings nicht mangelnde Parteinahme, sondern die Sorge um die guten Beziehungen zu den arabischen Staaten und vor allem die Angst vor einer bei Einmischung der Großmächte zu befürchtenden Ausweitung des Konflikts, deren Folgen in Zeiten der atomaren Hochrüstung niemand abzusehen vermochte. Jenseits der Berliner Mauer bezog man nämlich deutlich Position für die arabischen Staaten: Der Ministerrat der DDR bezeichnete Israel als „imperialistische Speerspitze“ und führte die inoffizielle Parteinahme der westlichen Staaten für Israel paradoxerweise auf deren Interesse an arabischem Erdöl zurück, zu dessen Sicherung der Westen sich „der herrschenden aggressiven Kreise Israels“ bediene.<sup>26</sup> Eben diese „antiimperialistische“ Position war es, die die Neue Linke in der Bundesrepublik in den folgenden Jahren schrittweise adaptierte und die auch Ulrike Meinhof schließlich in ein Ausbildungslager der PLO verschlagen sollte. In welcher Weise gerade die Linke dazu beigetragen hat, den Nahostkonflikt zu enthistorisieren, und

<sup>24</sup> Hannah Arendt an Heinrich Blücher, 15.4.1961, Library of Congress, abgedruckt in: Lotte Köhler (Hg.), *Hannah Arendt – Heinrich Blücher. Briefe 1938–1968*, München 1996, S. 519.

<sup>25</sup> Willy Brandt, zu dieser Zeit Außenminister der Großen Koalition unter Kiesinger, betonte immerhin, dass von einer „Neutralität des Herzens“ nicht die Rede sein könne. Allein die FDP, die in den frühen Nachkriegsjahren als Sammelbecken für unbelehrbare Altnazis fungierte, tat sich mit der Forderung hervor, Israel nicht durch die Lieferung von Gasmasken und Lastkraftwagen zu unterstützen. Vgl. FDP fordert Neutralitätserklärung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.6.1967, S. 4. Siehe auch Wolffsohn, *Deutsch-Israelische Beziehungen* (Anm. 20), Tab. I: 57 Prozent der FDP-Anhänger sprachen sich gegen Wiedergutmachungszahlungen aus (SPD: 44 Prozent, CDU: 37 Prozent).

<sup>26</sup> Scharfe Erklärung Pankows gegen Israel, in: *Der Tagesspiegel*, 8.6.1967, S. 2.

auf welcher ideologischen Grundlage in Entebbe schließlich die Grenze zwischen dem Sagbaren und dem Machbaren<sup>27</sup> überschritten wurde, gilt es im Folgenden zu zeigen.

#### 4. 1967 und danach: Vom politischen Gebrauch der NS-Vergangenheit

Am 2. Juni, kurz vor dem Beginn des Sechstagekrieges, wird in Berlin der Student Benno Ohnesorg bei einer Demonstration gegen den Schah von Persien von einem Polizisten erschossen. Am folgenden Tag verschanzen sich die aufgebrachten Studenten in einem Gebäude der Freien Universität, um dort über das weitere Vorgehen zu beraten. Als der Schriftsteller Günter Grass versucht, die Versammlung zur Abgabe einer Solidaritätsbekundung mit dem von seinen arabischen Nachbarn bedrohten Staat Israel zu bewegen, stößt er auf Widerstand. Eine solche Erklärung wird mit dem Argument abgelehnt, Israel sei ein Repräsentant des westlichen Imperialismus, eine Marionette von Pentagon und CIA, und müsse deshalb entschieden bekämpft werden.<sup>28</sup>

Das Scheitern des von Grass eingebrachten Vorschlags ist ein erstes Indiz dafür, dass sich in der Haltung der westdeutschen Linken zum Nahostkonflikt noch während des Sechstagekrieges eine Wende abzeichnete, die unter anderem auf die Rezeption sowjetischer Positionen innerhalb der Neuen Linken zurückzuführen ist. Zwar hatte die Sowjetunion unter Stalin dem UNO-Teilungsplan für das ehemalige britische Mandatsgebiet in Palästina und der Gründung des Staates Israel zugestimmt, doch nach der Suez-Krise von 1956 unterstützte sie immer konsequenter die arabischen Staaten – und nach deren Gründung im Jahr 1964 auch die PLO. Die arabischen Massen galten den Sowjets als fortschrittliche Kämpfer gegen den durch Israel repräsentierten US-Imperialismus, und die Parteinahme der Sowjetunion und ihrer Satelliten für die arabischen Staaten wurde folgerichtig nicht nur mit antiimperialistischer, sondern auch mit antizionistischer Ideologie untermauert.<sup>29</sup>

Nach dem Ende des Sechstagekrieges wurde diese Haltung noch einmal aktualisiert, denn nun hatte man es nicht mehr nur mit einem „imperialistischen

<sup>27</sup> Hierzu systematisch: Willibald Steinmetz, *Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780–1867*, Stuttgart 1993.

<sup>28</sup> Tilman Fichter, *Der Staat Israel und die Neue Linke in Deutschland*, in: Karlheinz Schneider/Nikolaus Simon (Hg.), *Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik*, Berlin 1984, S. 81–98, hier S. 92. Grass unterzeichnete später eine von 20 Vertretern der deutschen Linken abgegebene Solidaritätserklärung für den Staat Israel. Zu den Mitunterzeichnern gehörten unter anderem auch Alfred Andersch, Ernst Bloch, Iring Fetscher, Helmut Gollwitzer, Walter Jens, Uwe Johnson, Alexander Mitscherlich und Martin Walser. Der vollständige Text ist z.B. abgedruckt in: Ernst Vogt, *Israel-Kritik von Links*, Wuppertal 1976, S. 134ff.

Brückenkopf“ im Nahen Osten zu tun, sondern mit einer Besatzungsmacht, die – so die Position der Sowjetunion – die arabischen Nationen in ihrer freien Entwicklung behinderte. Folgerichtig brachen die Sowjetunion und alle anderen osteuropäischen Staaten mit Ausnahme Rumäniens ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel ab. Gestärkt wurde diese Haltung durch die Nachrichten über die diskriminierende Behandlung der in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser, die sich seit Gründung der PLO auf der internationalen Bühne zunehmend Gehör verschafften. Während in Westdeutschland die Israel-Begeisterung hohe Wogen schlug, freute man sich in der DDR über mehrere aufeinander folgende Besuche Yassir Arafats und schließlich über die Eröffnung einer ständigen Vertretung der Palästinenser in Ostberlin im Jahr 1973.

Für die außerparlamentarische Linke in Westdeutschland war der Konflikt zwischen der selbst auferlegten Geschichtsbewältigung und der an die sozialistischen Positionen angelehnten antiimperialistischen Grundhaltung vorprogrammiert. Obwohl man lange Zeit gerade von der Generation der Studentenbewegung angenommen hat, sie habe als erste die historische Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Angriff genommen, war es doch gerade diese Generation, die sich der Geschichte konsequent entzog. Ebenso wie die Blitzkriegstheorien der Nachrichtenmagazine waren die in den späten 1960er- und in den 1970er-Jahren von großen Teilen dieser Neuen Linken bezogenen Positionen zum Nahostkonflikt durch eine skrupellose Funktionalisierung der NS-Geschichte für die eigenen politischen Ziele geprägt.

Gestärkt wird diese These nicht nur durch die Lektüre ihrer Schriften, sondern auch durch eine Untersuchung der von ihnen geplanten militanten Aktionen. Gut zwei Jahre nach dem Sechstagekrieg, bezeichnenderweise am 9. November 1969, legten die „Tupamaros Westberlin“ (benannt nach der Widerstandsbewegung der Tupamaros in Uruguay) eine Brandbombe im jüdischen Gemeindehaus in der Berliner Fasanenstraße als Protest gegen die Politik der israelischen Regierung. Glücklicherweise zündete die Bombe nicht, und auf Grund massiver Kritik des politischen Umfelds stellte die Gruppe ihre Aktivi-

<sup>29</sup> Auf der Grundlage dieser Argumentation verweigerte die DDR die Zahlung finanzieller Wiedergutmachung an Israel und verwies darauf, dass die Errichtung eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden bereits ein Akt der Wiedergutmachung sei. Hinsichtlich der „Judenfrage“ orientierte man sich an der von Marx ausgegebenen Devise, der zufolge die vollständige Emanzipation der Juden allein in der sozialistischen Gesellschaft erreicht werden könne. In dieser Gesellschaft würden, wie Marx es prognostizierte, die Juden aufhören, Juden zu sein, weil ihnen dafür die ökonomische Grundlage entzogen wäre. Deutlich tritt dabei unter den Bedingungen des Kalten Krieges noch einmal die überaus wirksame Identifizierung von Judentum und Kapitalismus auf den Plan, die Karl Marx ganz unverblümt proklamiert hatte: „Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kult der Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld.“ (Karl Marx, *Zur Judenfrage*, Teil II: Die Fähigkeit der heutigen Juden und Christen frei zu werden. Von Bruno Bauer, in: *Marx/Engels Gesamtausgabe*, Erste Abt. Bd. 2, Berlin 1982, S. 163–169, hier S. 164.)

täten kurze Zeit später ein. Gleichwohl druckte die Zeitschrift „AGIT 883“, von der wöchentlich zeitweise mehr als 10.000 Exemplare verkauft wurden, das Flugblatt ab, in dem die mit der Redaktion eng verflochtenen „Tupamaros“ zu dem Anschlag Stellung bezogen.<sup>30</sup> Die Erklärung für die Wahl des Anschlagziels lautet wie folgt: „Die israelischen Gefängnisse, in denen nach Zeugenaussagen entkommener Freiheitskämpfer Gestapo-Foltermethoden angewandt werden, sind überfüllt [...]. Wieder einmal weiß die deutsche Öffentlichkeit von nichts. Springer lässt sich in Tel Aviv mit Ehrendoktorwürden behängen und baut Moshe Dayan zum Volkshelden à la Rommel auf [...]. Das bisherige Verharren der Linken in theoretischer Lähmung bei der Verarbeitung des Nahostkonflikts ist Produkt des deutschen Bewusstseins: ‚Wir haben eben Juden vergast und müssen die Juden vor einem neuen Völkermord bewahren.‘ [...] [Doch der] wahre Antifaschismus ist die klare und einfache Solidarisierung mit den kämpfenden [palästinensischen] Fedayyin.“<sup>31</sup>

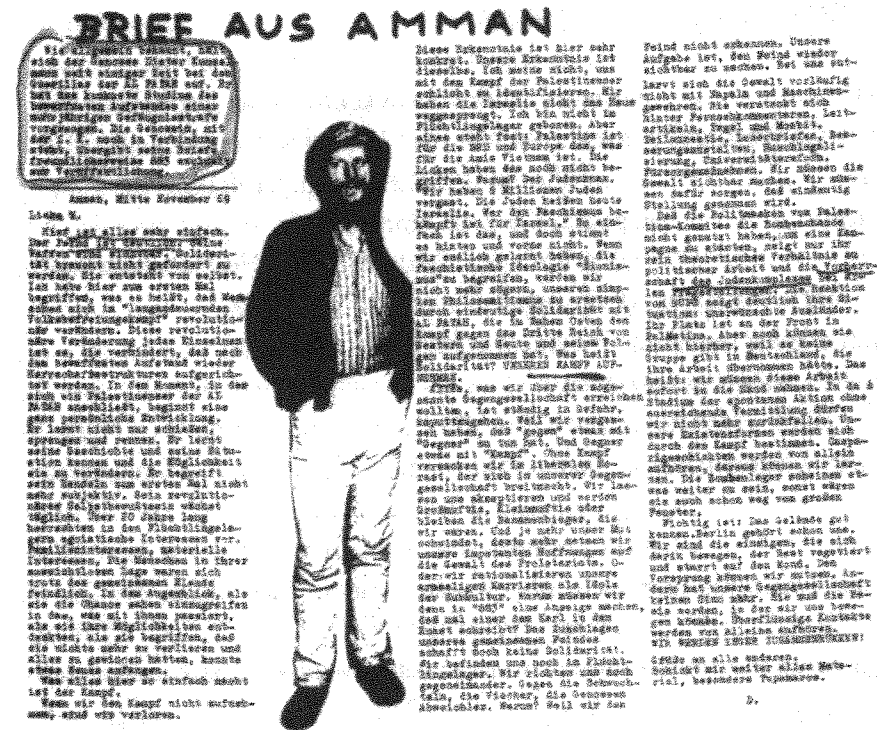


Abb. 3: „Brief aus Amman“ von Dieter Kunzelmann aus „AGIT 883“ vom 27.11.1969

Trotz der massiven Kritik, die Teile der Redaktion an dem Anschlag auf das jüdische Gemeindehaus übten,<sup>32</sup> veröffentlichte „Agit 883“ in der folgenden Woche einen Brief von Dieter Kunzelmann, einem Mitbegründer der „Tupamaros Westberlin“, der sich zu dieser Zeit in Amman aufhielt (Abb. 3). Darin heißt es: „Palestina [sic] ist für die BRD und Europa das, was für die Amis Vietnam ist. Die Linken haben das noch nicht begriffen. Warum? Der Judenknax. [...] Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie ‚Zionismus‘ zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit AL FATAH, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich von Gestern und Heute und seine Folgen aufgenommen hat.“<sup>33</sup>

Bei Kunzelmann, der zwar immer wieder zum „Spinner der Bewegung“ stilisiert wurde, der aber immerhin von 1983 bis 1985 für die Grünen/Alternative Liste im Berliner Abgeordnetenhaus saß, tritt an die Stelle einer historischen Aufarbeitung der deutschen Geschichte die Projektion dieser Geschichte auf die zur Besatzungsmacht gewordenen Israelis. Die Lehre, die er und viele andere aus der Geschichte des Nationalsozialismus zogen, war nicht mehr die, dass man sensibel auf jede Diskriminierung von Juden in Deutschland reagieren solle, sondern dass man gegen jede Form von Diskriminierung und Unterdrückung weltweit zu protestieren habe.<sup>34</sup> An die Stelle einer historischen Moral tritt ein universalistisch begründeter „Verantwortungsimperialismus“ (Henryk M. Broder), und dass dabei ebenso wie in der Springer-Presse immer wieder Begriffe und Ereignisse des Zweiten Weltkriegs auf den Nahen Osten übertragen wurden, fiel den Autoren und ihrem Umfeld nicht unangenehm auf. Weder durch den Überfall auf die israelische Olympiamannschaft in München im Sommer 1972 noch durch den Yom-Kippur-Krieg von 1973 wurde die auf einer abstrakten, aber einseitigen politischen Moral basierende und sich immer deutlicher artikulierende Solidarität einiger linker Gruppierungen mit den Palästinensern in Frage gestellt.<sup>35</sup> Im Gegenteil betrachtete man beide Angriffe als legitime Verteidigung gegen den „imperialistischen Aggressor“.

Parallel zu dieser Entwicklung am linken Rand, wenn auch davon weitgehend unbeeinflusst, modifizierte in den frühen 1970er-Jahren auch die Bun-

<sup>31</sup> Agit 883, 13.11.1969, hier zitiert nach Fichter, Der Staat Israel und die Neue Linke (Anm. 28), S. 93.

<sup>32</sup> Vgl. Der naive Anarchismus, in: Agit 883, 20.11.1969, S. 7. In dieser Ausgabe erschien auch ein Artikel zur Frage: „Was ist Antisemitismus?“

<sup>33</sup> Dieter Kunzelmann, Brief aus Amman, in: Agit 883, 27.11.1969; auch in: Kunzelmann, *Leisten Sie keinen Widerstand!* (Anm. 30), S. 123. Martin Kloke hingegen geht davon aus, Kunzelmann habe den Brief nicht in Amman, sondern in Berlin-Schöneberg geschrieben; vgl. Kloke, *Israel und die deutsche Linke* (Anm. 22), S. 166 (Kloke verweist auf: Die Kunzelmann-Story, in: *konkret* Nr. 17, 13.8.1970, S. 15-18).

<sup>34</sup> Vgl. hierzu Andrea Ludwig, *Neue oder Deutsche Linke? Nation und Nationalismus im Denken von Linken und Grünen*, Opladen 1995, S. 29f., S. 185f.

<sup>30</sup> Dieter Kunzelmann, *Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben*, Berlin 1998, S. 127. Agit 883 („883“ waren die ersten drei Ziffern der Telefonnummer der Redaktion) veröffentlichte später auch den Gründungsauftrag der RAF.

desregierung ihren Kurs. Im November 1973, nur wenige Wochen nach dem Yom-Kippur-Krieg, unterzeichnete die Bundesrepublik gemeinsam mit den acht anderen Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine Erklärung, in der der Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten gefordert wurde und in der man erstmals die Rechte der Palästinenser als legitim anerkannte. Beweggrund hierfür war nicht zuletzt die nach dem Yom-Kippur-Krieg aufkommende Sorge um den Zugriff auf arabische Ölressourcen. Damit versuchte die Bundesregierung eine strategische Annäherung an die arabische Welt bei gleichzeitiger Betonung der besonderen Verpflichtungen gegenüber dem jüdischen Staat.

Für den tatsächlichen Gang der Dinge im Nahen Osten blieb der nach dem Sechstagekrieg von 1967 einsetzende Umschwung innerhalb der westdeutschen Linken gleichwohl belanglos. Von praktischer Bedeutung war vielmehr umgekehrt die Tatsache, dass deutsche Terroristen (darunter so verschiedene Figuren wie Andreas Baader, Ulrike Meinhof und der heute in der NPD aktive Horst Mahler) in palästinensischen Ausbildungslagern geschult wurden bzw. im Nahen Osten untertauchen konnten, wenn sie ins Fadenkreuz des Verfassungsschutzes gerieten. Im Juni 1970 flogen knapp 20 Mitglieder bzw. Sympathisanten der RAF (u.a. Brigitte Asdonk, Manfred Grashof, Wolfgang Thoms, Petra Schelm, Heinrich „Ali“ Jansen, Hans-Jürgen Bäcker, Horst Mahler, etwas später Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof) in den Libanon und wurden von dort in ein Ausbildungslager in der Nähe der jordanischen Hauptstadt Amman gebracht, wo es allerdings bald zu heftigen Differenzen mit den palästinensischen Ausbildern kam (etwa über die Verpflegung und die getrennte Unterbringung von Männern und Frauen, angeblich auch bezüglich der von einer Deutschen geforderten Aufstellung eines Cola-Automaten).<sup>35</sup>

Eine der Folgen der engen Zusammenarbeit deutscher und palästinensischer Terroristen war die Beteiligung von Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann an der Flugzeugentführung nach Entebbe; eine weitere Folge war die für das kollektive Gedächtnis der (West-)Deutschen weit wichtigere Entführung einer Lufthansa-Maschine nach Mogadischu im Oktober 1977 durch das palästinensische Kommando „Martyr Halimeh“ – benannt nach dem Decknamen der in Entebbe zu Tode gekommenen Brigitte Kuhlmann.<sup>37</sup> Die Forderungen dieses Kommandos waren identisch mit denen der Entführer von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer, der sich bereits seit dem

<sup>35</sup> Vgl. auch hierzu den Beitrag von Wolfgang Kraushaar in diesem Heft. Die Frage, wie stark die Kooperation mit palästinensischen Gruppen von Anfang an das Profil der radikalen Linken in Deutschland geprägt hat, nimmt Kraushaar aus gutem Grund in den Katalog der Fragen auf, deren wissenschaftliche Untersuchung noch ausstehe.

<sup>36</sup> Vgl. Butz Peters, *RAF. Terrorismus in Deutschland*, Stuttgart 1991, S. 84ff.

<sup>37</sup> Friedrich Schreiber/Michael Wolffsohn, *Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts*, Opladen 1996, S. 248. „Halimeh“ (auch transkribiert als „Chalimeh“) heißt „schöne Kamelstute“.

5. September in der Hand der RAF befand. Verlangt wurde abermals die Freilassung verschiedener europäischer und palästinensischer Häftlinge, darunter diesmal auch der in Stammheim einsitzenden Mitglieder der RAF. Nachdem das Ultimatum der Flugzeugentführer mehrmals verlängert worden war, wurde die auf dem Flughafen von Mogadischu stehende „Landshut“ in der Nacht vom 17. auf den 18. Oktober durch eine Einheit der GSG 9 gestürmt. Am nächsten Morgen wurden Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim in ihren Zellen tot aufgefunden. Der Kontext dieser Ereignisse war ein anderer, doch die Ideologie der Schleyer-Entführer war weitgehend identisch mit der Ideologie, die die „Tupamaros Westberlin“ schon 1969 in ihrem Flugblatt zum Anschlag auf das jüdische Gemeindehaus in Berlin vertreten hatten. So heißt es in der Erklärung der RAF zu Mogadischu, der „expansionistische und rassistische Charakter der Zionisten mit Menachem Begin an der Spitze“ sei ein Produkt imperialistischer Interessen und „das zionistische Regime die echtste und praktischste Fortsetzung des Nazismus“.<sup>38</sup>

Allerdings war dies nun längst nicht mehr die Position einer kleinen radikalen Minderheit. Vielmehr wurde eine solche Einstellung von weiten Teilen der neuen sozialen Bewegungen, der autonomen Linken, der Hausbesetzerbewegung der 1980er-Jahre und der gerade entstehenden Partei der GRÜNEN übernommen.<sup>39</sup> Vor allem nach dem Beginn des Libanon-Krieges im Sommer 1982 waren die bei weitem stärksten Sympathien für die arabische Bevölkerung im Umfeld der GRÜNEN zu verzeichnen.<sup>40</sup> So findet sich in einem „Grünen Kalender“ für das Jahr 1983 anlässlich des Einmarsches israelischer Truppen in den Libanon unter der Überschrift „Israel, die Mörderbande“ folgender Text (von dem man allerdings sagen muss, dass er mit den heute vertretenen Positionen der GRÜNEN zum Nahostkonflikt kaum mehr etwas zu tun hat): „Nachdem wir im letzten Jahr bereits gefordert hatten, ‚Kauft nicht bei Juden‘, weil der jüdische Unrechtsstaat eine aggressive Politik im Nahen Osten betreibt [...], hat die ‚Geldmafia der Welt‘ erneut zugeschlagen. Jüdische Söldner bereiten die ‚Endlösung der Palästinafrage‘ vor. [...] Meine Vorfahren haben sechs Millionen Juden auf dem Gewissen, und mir ist es deswegen auch peinlich, Deutscher zu sein. Angesichts der zionistischen Gräueltaten verblassen jedoch die Nazi-Gräueltaten und die neonazistischen Schmierereien, und nicht nur ich frage mich, wann den Juden ein Denkmäler verpasst wird, der sie aufhören lässt, ihre Mitmenschen zu ermorden [...].“<sup>41</sup>

<sup>38</sup> Erklärung der Operation Kofre Kaddum, 13.10.1977, zitiert nach Hans-Jürgen Wischnewski, *Mit Leidenschaft und Augenmaß. In Mogadischu und anderswo*, München 1989, S. 405f.

<sup>39</sup> Auf kommunaler Ebene wurden die GRÜNEN zwischen 1978 und 1980 aktiv, die Parteigründung auf Bundesebene erfolgte 1980.

<sup>40</sup> Vgl. Wolffsohn, *Deutsch-Israelische Beziehungen* (Anm. 20), Tab. VI.



Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht nun die vorgeblich geschichtsbewusste These, die Palästinenser seien die „Opfer der Opfer“ des Nationalsozialismus, sie seien die „Juden der Juden“. Diese These war deshalb so erfolgreich, weil man mit ihr eine moralisch vermeintlich saubere politische Position im Kampf gegen jede Form imperialistischer Unterdrückung beziehen konnte. Beunruhigend erscheint allerdings, dass gerade diejenigen, die sich den Kampf gegen jede Ungerechtigkeit und die Aufarbeitung der eigenen Geschichte zum Ziel gesetzt hatten, nicht bemerkten, dass sie den Nahen Osten als Entsorgungsfeld für eben diese Geschichte missbrauchten.

Erstaunlicherweise wurde dies auch von der breiteren Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Die einzige Zeitung, die die Selektion von Entebbe offen kritisierte, war die Hamburger „Zeit“. Sie gab zu bedenken, dass die gelungene Befreiung der Geiseln ein „kaum wiederholbarer Glücksfall“ gewesen sei: „Die Bundesregierung kam dabei ebenso glücklich aus dem Schneider. Ihre nachträglich publizierte Willenserklärung, sie werde keinen hierzulande inhaftierten Terroristen im Austausch gegen israelische Geiseln freilassen, ließ sich allein unter der Prämisse des Erfolges der Befreiungsaktion halten. Was hätten wir denn getan, was hätten wir tun sollen, wenn Israel genötigt gewesen wäre, vierzig inhaftierte Palästinenser freizugeben, um seine Geiseln zu retten? Hätten wir auf Kosten des Lebens der Juden, die zuvor ein deutscher Terrorist von anderen mit vorgehaltener Pistole selektierte, einen Austausch à la Peter Lorenz verweigert, nur um fünf in deutschen Gefängnissen einsitzende Baader-Meinhof-Leute nicht hergeben zu müssen? Wir hätten das schwerlich ausgehalten.“<sup>42</sup>

Im „Spiegel“ dagegen wurde die Trennung von jüdischen und nichtjüdischen Geiseln als strategischer Schachzug der Luftpiraten analysiert, wobei man die durchaus nachvollziehbare Ansicht vertrat, bei den beiden deutschen Geiselnehmern lasse sich die Rechtfertigung der Selektion nicht auf einen Verdrängungsmechanismus zurückführen; vielmehr handle es sich hier um die gezielte Funktionalisierung der Geschichte im Dienste der antiimperialistischen Ideologie: „Geschick zogen die Entführer das besondere Verhältnis, das Deutsche und Juden miteinander verbindet, in ihr Kalkül. Sie demonstrierten, nachdem sie einmal die Aufmerksamkeit der Welt auf ihre Aktion gerichtet sahen, Großzügigkeit und ließen die Mehrzahl der Geiseln frei. Durch Deeskalation hofften sie, auch die Gegenseite zu Kompromissen bewegen zu können. Zugleich aber hielten sie sämtliche jüdischen Passagiere zurück. Und sie kalkulierten offenbar genau ein, dass Bonn auf ihr Verlangen nach Freilassung von sechs westdeutschen Häftlingen eingehen müsste. Denn weder innenpolitisch

<sup>41</sup> Zitiert nach dem Faksimile bei Kloke, *Israel und die deutsche Linke* (Anm. 22), S. 229; vgl. Fichter, *Der Staat Israel und die Neue Linke* (Anm. 28), S. 97f.

<sup>42</sup> Hans Schueler, Terror ohne Ende. Die Entebbe-Aktion war ein Glücksfall, in: *Die Zeit*, 9.7.1976, S. 1

noch vor der Weltöffentlichkeit könnten es sich gerade die Deutschen mit ihrer Vergangenheit leisten, wieder Mitverantwortung für Mord an Juden zu tragen.“<sup>43</sup>

Einen Sonderfall stellte zudem die monatlich erscheinende und von Hermann Gremliza herausgegebene Zeitschrift „konkret“ dar, in der die Aktion von Entebbe zwar kritisiert, gleichzeitig aber auch die nunmehr üblich gewordene unreflektierte Anwendung von NS-Vokabular und Weltkriegsmetaphorik aufs Korn genommen wurde. Mit deutlich ironischer Brechung heißt es dort: „Die Biertischstrategen aller Länder [...] erstarrten in Ehrfurcht, als ein israelisches Kommando in einer Mischung aus Wüstenfuchs-Rommel-Masche und Mussolini-Befreier-Skorzeny-Manier<sup>44</sup> den Flughafen eines einige tausend Meilen entfernten unabhängigen Landes angriff, alles kurz und klein schoss und sich die von Luftpiraten entführten Geiseln [...] heimholte. [...] Israel hat sein durch den Jom-Kipur-Krieg angeknackstes Blitzkriegimage wieder aufpoliert.“<sup>45</sup>

Dass man sich mit Stellungnahmen zur Politik des Staates Israel und der palästinensischen Befreiungsbewegung immer wieder auf politisches Glatteis begab, blieb auch in der außerparlamentarischen Linken nicht ganz unbemerkt. Doch erst in den 1980er-Jahren brachte die Redaktion der Frankfurter Wochenzeitschrift „Pflasterstrand“ eine Sondernummer mit dem bezeichnenden Titel „Palästina – Ein Alptraum der deutschen Linken“ auf den Markt, in dem eine große Bandbreite von Autoren zu Wort kam und mit dem eine Debatte zum Nahostkonflikt bei gleichzeitiger Anerkennung der aus der eigenen Geschichte resultierenden Schwierigkeiten versucht wurde. Dass gerade der „Pflasterstrand“ etwas sensibler mit dem Thema umging als die restliche linke Presse, dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass mit Daniel Cohn-Bendit ein Mann in der Redaktion saß, der wegen seiner jüdischen Herkunft ein besseres Gespür für die Untiefen historischer Reflexion in Bezug auf den Nahen Osten entwickelt hatte. Dessen ungeachtet vertraten verschiedene linksradikale Gruppen, vor allem die sich selbst als „Antiimps“ bezeichnenden linken Splittergruppen, die in den 1980er- und auch in den 1990er-Jahren noch aktiv waren, weiterhin die These, der Zionismus sei eine besonders verachtenswerte Spielart des Imperialismus, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen gelte.

<sup>43</sup> Bonn: „Härte bedeutet Massaker“, in: *Der Spiegel*, 5.7.1976, S. 21-25, hier S. 22.

<sup>44</sup> Otto Skorzeny war an der Befreiung Mussolinis aus alliierter Gefangenschaft im September 1943 beteiligt. Er wurde dafür zum SS-Sturmbannführer befördert und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Im Mai 1945 wurde er in der Steiermark verhaftet und später vom amerikanischen Kriegsverbrecher-Tribunal in Dachau freigesprochen, worauf er sich durch Flucht der weiteren Strafverfolgung entzog.

<sup>45</sup> Carl L. Guggomos, Nie so pingelig, in: *konkret* Nr. 8/1976, S. 24f., hier S. 24.

## 5. Nachspiel

Der Umstand, dass der Regisseur Werner Herzog die Ereignisse von Entebbe unter dem Titel „Operation Thunderbolt“ – dem Decknamen der Befreiungsaktion – mit Klaus Kinski in der Rolle des Entführers Wilfried Böse ins Kino brachte, hat auf indirektem Weg für ein Nachspiel gesorgt. Der Film, der eindeutig für die jüdischen Geiseln Partei ergreift, kam 1977 in die deutschen Kinos. Die Revolutionären Zellen verübten mehrere Brandanschläge auf Lichtspielhäuser, die den Film ins Programm genommen hatten, um ihren Protest gegen Herzogs israelfreundliche Version zum Ausdruck zu bringen. Bei einer dieser Aktionen wurde Gerd Albartus, der den Revolutionären Zellen bereits in den 1970er-Jahren angehört hatte, verhaftet und wegen versuchter Brandstiftung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu fünf Jahren Haft verurteilt. Nach seiner Freilassung arbeitete Albartus als Journalist und blieb auch weiterhin politisch aktiv. Im Dezember 1987 reiste er in den Nahen Osten, um sich dort mit einer ihm nahestehenden palästinensischen Gruppierung zu treffen. Unmittelbar nach seiner Ankunft wurde er von den vermeintlichen Genossen vor ein Tribunal gestellt, verurteilt und erschossen.<sup>46</sup>

Dass dieses Kapitel der Geschichte nicht abgeschlossen ist, zeigt ein Papier der Revolutionären Zellen, das im Internet nachzulesen ist.<sup>47</sup> Erstmals beziehen hier ehemalige Mitglieder Position zu den Vorwürfen, bei der Selektion von Entebbe habe es sich um einen Akt antisemitischer Aggression gehandelt. Anlass für diese Selbstkritik war jedoch keine verspätete Reflexion über die eigene Geschichte, sondern der Schock über den gewaltsamen und bis heute nicht aufgeklärten Tod des ehemaligen Mitstreiters.

Das erste Opfer der Ereignisse von Entebbe war Dora Bloch – eine Überlebende eines deutschen Konzentrationslagers, die in einem ugandischen Krankenhaus spurlos verschwand. Dass das letzte Opfer dieser Ereignisse Gerd Albartus war, der für seine Zusammenarbeit mit palästinensischen Genossen schließlich selbst mit dem Leben bezahlte, könnte man, wenn die Sache nicht zu ernst wäre, als Ironie der Geschichte bezeichnen.

Dr. Annette Vowinckel, Humboldt-Universität zu Berlin, Kulturwissenschaftliches Seminar, Sophienstr. 22 a, D-10118 Berlin, E-Mail: milena@snaflu.de

<sup>46</sup> Gerd Albartus ist tot [Dezember 1991], online unter URL: <<http://www.freilassung.de/div/texte/rz/zorn/Zorn04.htm>>.

<sup>47</sup> Ebd.

## Debatte

### Mythos RAF? Zum Streit um eine noch nicht vorhandene Ausstellung

Zeitgeschichte ist häufig Streitgeschichte, d.h. Gegenstand nicht nur wissenschaftsinterner, sondern auch in der breiteren Öffentlichkeit geführter Debatten mit hohem Erregungspotenzial.<sup>1</sup> Das Medium Ausstellung unterstützt solche Debatten oder ruft sie überhaupt erst hervor: Ausstellungen erreichen ein größeres Publikum als wissenschaftliche Schriften, bieten einen öffentlichen Kommunikationsraum und ermöglichen je nach Perspektive der Besucher unterschiedliche Lesarten von (Zeit-)Geschichte. Die beiden „Wehrmachtsausstellungen“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung haben dies paradigmatisch vor Augen geführt und in ihrer Wirkung selbst die Organisatoren überrascht.<sup>2</sup>

Historische Ausstellungen sind Repräsentationen der Geschichtskultur:<sup>3</sup> Sie enthalten politische, ästhetische und kognitive Dimensionen. Sie sind politischen Interessen ausgesetzt, stützen sich auf ästhetische Inszenierungspraktiken von Dokumenten und beziehen sich mindestens indirekt auf einen Forschungsstand (sei es durch dessen Wiedergabe, Weiterentwicklung oder auch durch Nichtbeachtung). Politische, ästhetische und kognitive Komponenten können dabei verschiedene Mischungsverhältnisse und Allianzen eingehen. Gewinnt eine der Dimensionen auf Kosten der übrigen die Oberhand, muss man von Politisierung, Ästhetisierung oder kognitiver Verengung der Geschichtskultur sprechen. Diese (hier nicht näher zu entfaltende) theoretische Perspektive kann gerade für zeitgeschichtliche Konflikte ein geeignetes Analyseschema liefern, weil sie auf grundsätzlichere Fragen hinter den je aktuellen Aufgeregtheiten verweist.

Im Sommer 2003 und zum Teil darüber hinaus sorgte ein Projekt der Berliner Kunst-Werke für einen heftigen Meinungsstreit. Das Ausstellungshaus, das

<sup>1</sup> Vgl. Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945*, München 2003.

<sup>2</sup> Vgl. etwa Jan Philipp Reemtsma, Was man plant, und was daraus wird. Gedanken über ein prognostisches Versagen, in: Michael Th. Greven/Oliver von Wrochem (Hg.), *Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik*, Opladen 2000, S. 273-290.

<sup>3</sup> Zu diesem Begriff und seinen Dimensionen vgl. Jörn Rüsen, Was ist Geschichtskultur? Überlegungen zu einer neuen Art, über Geschichte nachzudenken, in: ders., *Historische Orientierung. Über die Arbeit des Geschichtsbewußtseins, sich in der Zeit zurechtzufinden*, Köln 1994, S. 211-234.